Der Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde Reichshof hat im Rahmen der Delegation gem. § 60 Abs. 2 GO NRW auf Grundlage des § 2 Abs. 1 BauGB in seiner Sitzung am 12.04.2021 die Aufstellung und den Entwurfsbeschluss zur **96. Änderung des Flächennutzungsplanes in Oberagger**“ gefasst und die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß den Bestimmungen des Baugesetzbuches beschlossen.

Der Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung wurde am 05.02.2022 bekanntgemacht. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes und die Begründung wurden in der Zeit vom 14.02.2022 bis einschließlich 16.03.2022 in der Bauverwaltung, Rathaus Denklingen, der Gemeinde Reichshof, Hauptstr. 12, während der Dienststunden öffentlich ausgelegt.

Es wurde um Stellungnahme innerhalb eines Monats, spätestens bis zum 28.02.2022 gebeten.

96. Änderung des Flächennutzungsplanes „Wildbergerhütte – Mühlenberg“

Übersicht der während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB eingegangenen Vorschläge, Hinweise und Anregungen

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurden keine Vorschläge, Hinweise oder Anregungen Seitens der Öffentlichkeit vorgebracht.

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB wurden von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Vorschläge, Hinweise und Anregungen vorgebracht:

1. Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 Bergbau und Energie mit Schreiben vom 22.02.2022
2. Landesbetrieb Wald und Holz mit Schreiben vom 28.02.2022
3. Oberbergischer Kreis mit Schreiben vom 24.02.2022

Folgende Behörden und sonstige Träger bestätigten schriftlich, dass sie keine Vorschläge, Hinweise oder Anregungen vorbringen oder dass ihre Belange von der Planung nicht berührt sind:

- Amprion mit Mail vom 28.01.2022
- DFMG Deutsche Funkturm GmbH mit Mail vom 03.02.2022
- Telekom mit Schreiben vom 27.01.2022

<u>1. Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 Bergbau und Energie mit Schreiben vom 22.02.2022</u>	<u>Abwägungsvorschlag der Verwaltung, Beschlussvorschlag mit Erläuterung</u>
<p>Der Planbereich liegt über dem vormaligen auf Eisen-, Kupfer- und Bleierz verliehenen bereits erloschenen Bergwerksfeld „Oberon“.</p> <p>Ich teile Ihnen mit, dass in den hier derzeit vorliegenden Unterlagen im Planbereich kein umgegangener Bergbau dokumentiert ist. Mit bergbaulich bedingten Einwirkungen auf die Tagesoberfläche ist demnach nicht zu rechnen und es bestehen aus bergbehördlicher Sicht keine Bedenken zum Planvorhaben.</p>	<p><u>Die Hinweise werden zu Kenntnis genommen</u> Es bestehen keine Bedenken. Die Hinweise werden berücksichtigt. Mit bergbaulichen Einwirkungen ist nicht zu rechnen.</p>

<u>2. Landesbetrieb Wald und Holz mit Schreiben vom 28.02.2022</u>	<u>Abwägungsvorschlag der Verwaltung, Beschlussvorschlag mit Erläuterung</u>
<p>aus forstlicher Sicht wird der zeichnerische Ausweisung einer Wohnbaufläche zu Lasten der bisherigen Walddarstellung grundsätzlich nicht widersprochen.</p> <p>Hinweis: Auch wenn üblicherweise die Eingriffs- und Ausgleichserfordernisse auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung geregelt werden, so hatte die Gemeinde im Vorfeld ihre Absicht bekundet, auch auf FNP-Ebene andere Flächendarstellungen zu Gunsten von Wald zurückzunehmen (Tauschflächen). Die Gemeinde benannte erste potentielle Tauschflächen, zu denen ich Stellung genommen hatte. Allerdings kann ich den Planunterlagen keine Angaben über Tauschflächen entnehmen. Ich gehe davon aus, dass die Absicht einer zeichnerischen Kompensation seitens der Gemeinde leider nicht weiter verfolgt wird.</p>	<p><u>Die Hinweise werden zu Kenntnis genommen</u> Es bestehen keine Bedenken. Die Hinweise werden im Bebauungsplanverfahren behandelt und ggfls. berücksichtigt. Es wurde ein Kapitel im LFB ergänzt. Der Waldausgleich wird durch eine waldbauliche Maßnahme im Rahmen des vorgesehenen Ökokontos erbracht.</p>

<u>3. Oberbergischer Kreis mit Schreiben vom 24.02.2022</u>	<u>Abwägungsvorschlag der Verwaltung, Beschlussvorschlag mit Erläuterung</u>
<p><u>Landschaftspflege, Artenschutz</u></p> <p><u>Landschaftspflege</u> Gegen das Planvorhaben bestehen aus landschaftspflegerischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Die Festsetzungen des rechtsgültigen Landschaftsplans Nr. 3 „Bergneustadt-Eckenhagen“ des Oberbergischen Kreises (Landschaftsschutzgebiet) stehen den mit der Aufstellung des Bebauungsplans für dieses Gebiet formulierten Zielsetzungen nicht grundsätzlich entgegen. Der Geltungsbereich des Landschaftsplans für diese Flächen tritt jedoch erst im Zeitpunkt des Inkrafttretens der bauleitplanerischen Satzung außer Kraft.</p> <p>Bezugnehmend auf die gesetzlichen Vorgaben zur Eingriffsregelung ist der durchzuführende Ausgleich vor Inkrafttreten der Satzung bzw. spätestens vor Realisierung des Vorhabens auf vertraglicher Basis zwischen Vorhabenträgern / Grundstückseigentümern und der Gemeinde zu sichern. In diesem Zusammenhang weise ich auf das Erfordernis des dauerhaften Ausgleichs hin.</p> <p>Im Hinblick auf das nach den Bestimmungen des Landesnaturschutzgesetzes NRW beim Oberbergischen Kreis zu führende Kompensationsflächenverzeichnis (§ 34 Absatz 1 LNatSchG NRW) bitte ich um Mitteilung der nach Inkrafttreten bzw. der nach Realisierung der Planung durchgeführten Abbuchung des externen Ausgleichs aus dem Ökokonto der Gemeinde Reichshof. Für die Eintragung in das hier zu führende Kataster sind Lage, Größe und Art der zugeordneten / durchgeführten Maßnahmen von besonderer Bedeutung.</p> <p><u>Artenschutz</u> Bezüglich der Planung bestehen vorbehaltlich einer abschließenden Beurteilung zu Horst und Höhlenbäumen im unmittelbar angrenzenden Waldbereich keine Bedenken, sofern die Gehölzrodungen außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeiten wildlebender Tiere vorgenommen werden. Um zu verhindern, dass sich die Haselmaus aus den angrenzenden Bereichen auf der Planfläche ansiedelt, sollten vor der baulichen Inanspruchnahme aufkommende Gehölze regelmäßig entfernt werden,</p>	<p><u>Die Darlegungen werden zur Kenntnis genommen.</u></p> <p>Alle Anregungen beziehen sich auf das Bebauungsplanverfahren und unterliegend somit nicht der Abwägung zur FNP-Änderung.</p> <p>Der Ausgleich wird spätestens vor Realisierung des Vorhabens auf vertraglicher Basis zwischen Vorhabenträgern / Grundstückseigentümern und der Gemeinde gesichert.</p> <p>Über die Abbuchung des externen Ausgleichs aus dem Ökokonto der Gemeinde Reichshof erfolgt eine Benachrichtigung an den Oberbergischen Kreis.</p> <p>Vor der baulichen Inanspruchnahme werfen aufkommende Gehölze regelmäßig entfernt.</p>

Umweltamt

67/12 - Gewässerschutz - Frau Kallwitz (Tel. 6741)

Gegen das o.g. Vorhaben bestehen aus vorfluttechnischer Sicht keine Bedenken, da sich das Vorhaben nicht im gesetzlich festgesetzten Überschwemmungsgebiet, Wasserschutzgebiet oder in Gewässernähe befindet.

67/23 - Bodenschutz - Frau Kronimus (Tel. -6733)

Gegen die vorgesehene Planung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, sofern die Ergebnisse der durchzuführenden nutzungsbezogenen Bodenuntersuchung im weiteren Verfahren berücksichtigt werden.

67/21 - Immissionsschutz - Herr Rumpel (Tel. -6720)

Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden zu dem o. g, Vorhaben der Gemeinde Reichshof (Bebauungsplan Nr. 20b „Oberagger - Faulenberg Nord“) keine Anregungen und Hinweise vorgebracht.

Weitere Belange des Umweltamtes werden nicht tangiert.

Bei Rückfragen stehen die Sachbearbeiter unter den entsprechenden Nebenstellennummern zu weiteren Auskünften gerne zur Verfügung.

Die Darlegungen zum Gewässerschutz werden zur Kenntnis genommen.

Es bestehen keine Bedenken.

Die Darlegungen zum Bodenschutz werden zur Kenntnis genommen.

Es bestehen keine Bedenken. Die Bodenuntersuchungen werden berücksichtigt. Die mit Schreiben vom 29.12.2020 geäußerten Bedenken in Bezug auf eine Bodenbelastung wurden mit Mail vom 23.11.2021 seitens des Kreises zurückgenommen. Text der Mail: „Auf Grundlage Ihrer Erklärung, dass dort von dem Ihnen bekannten Nutzer niemals den Boden verunreinigende Schadstoffe (z.B. Öl, Benzin) in den Untergrund gelangt sind, ziehe ich meinen Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung in Bereich des Lagerplatzes mit Schuppen (vgl. Luftbilder 2019, 2021) zurück.“ Der Empfehlung zu einer weiteren Bodenuntersuchung in Bezug auf Bleigehalt wird nicht entsprochen, da der Boden im Plangebiet verbleibt. Hierzu wird ein Hinweis über mögliche Prüfwertüberschreitungen in Bezug auf Bleigehalt im Plangebiet ergänzt.

Die Darlegungen zum Immissionsschutz werden zur Kenntnis genommen.

Es bestehen keine Bedenken.